

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktions- und Geschäftsstelle: Dresden, Neumarktstr. 10. Telefon: 1111. Druck: Dresden, Neumarktstr. 10.

Abend-Ausgabe: 12 Blätter. Preis: 10 Pf. (Postzusatz 2 Pf.).

Verlag: Dresdner Nachrichten-Verlag, Dresden, Neumarktstr. 10.

## Die erste Fünfmächtebesprechung in Genf

### Für Deutschland unannehmbare Vorschläge - Noch keine Stellungnahme Neuraths

Genf, 6. Dez. Die Vertreter Deutschlands, Großbritanniens, Amerikas, Frankreichs und Italiens trafen heute vormittag 10 Uhr an der ersten gemeinsamen Besprechung über den Stand der Abrüstungsfrage zusammen. Nach einer etwa einstündigen Besprechung, die um 11 Uhr wegen der außerordentlichen Witterungsverhältnisse unterbrochen werden mußte, wurden die Besprechungen auf nachmittags 3 Uhr verlegt. Den Besprechungen lag ein schriftlicher Vorschlag zugrunde, der sich im wesentlichen auf die in ihren Grundzügen bereits bekannt gewordenen Gedanken des amerikanischen Delegierten Davis aufbauen soll. Dieser Vorschlag soll in der vergangenen Nacht von den Sachverständigen der Delegationen Großbritanniens, Amerikas, Frankreichs und Italiens ausgearbeitet worden sein.

Er sieht im wesentlichen eine Verzögerung der Abrüstungskonferenz auf drei Jahre und die Schaffung eines internationalen Ausschusses vor, der die Abrüstungsfrage abklären soll, ferner die Verzögerung der Entscheidung über die Gleichberechtigungfrage bis zum Zusammentritt der Abrüstungskonferenz im Jahre 1936.

Reichsaußenminister v. Neurath hat dann nach ausführlichen Mitteilungen auf den deutschen grundsätzlichen Standpunkt zur Gleichberechtigung hingewiesen und sodann mitgeteilt, daß er den amerikanischen-französischen Plan zunächst seiner Regierung übermitteln müsse. Die Regierung müsse sich die Stellungnahme für eine der weiteren Sitzungen vorbehalten.

Der deutsche Außenminister hat jedoch an den französischen Ministerpräsidenten die Frage über den französischen Standpunkt gerichtet. Hierauf hat Herrriot in einer längeren Rede den bekannten französischen Standpunkt zur Abrüstungsfrage dargelegt.

auf den engen Zusammenhang zwischen der Sicherheits- und der Abrüstungsfrage hingewiesen und besonders betont, daß die französische Regierung bereit sei, den deutschen Gleichberechtigungsstandpunkt nach Maßgabe der Einräumung der von Frankreich als unerlässlich angesehenen Sicherheitsgarantien anzuerkennen.

Der Vorschlag, der heute von der Sitzung vorgelegt wurde, bietet keine realistische Lösung für die Abrüstungsfrage. Er enthält noch weniger, als man bisher angenommen hat. Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, daß irgendeine Scheinlösung, die den anderen Einheiten für die nächsten Jahre die Vorteile eines hochgerichteten Zustandes erhält und Deutschland nach wie vor einer entwürdigenden Behandlung unterwirft, für uns unannehmbar ist.

Von amtlicher englischer Seite wird mitgeteilt, daß der amerikanisch-französische Plan in großen Zügen bereits am Montagabend von Macdonald nach dem Osten dargelegt worden sei. Die Dienstag-Sitzung gelte der Aussprache über diesen Plan. Neurath habe sich seine Stellungnahme ausdrücklich vorbehalten.

Die englische Regierung mache, ebenso wie die italienische Regierung, ihre Zustimmung von der Annahme durch den deutschen Außenminister abhängig.

Man betont ausdrücklich, daß nach wie vor die Frage der Gleichberechtigung im Mittelpunkt des gesamten Problems stehe und daß die Aussichten für eine Einigung außerordentlich ungünstig seien. Offenbar ist die bedingte Zustimmung Macdonalds zu dem Herrriot-Davis-Plan unter der Voraussetzung der Ablehnung des Planes durch die deutsche Regierung erfolgt. In englischen Kreisen wird befürchtet, daß sich die amerikanisch-französischen Pläne von der Abrüstungskonferenz zurückziehen wird. Die allgemeine Aufmerksamkeit richtet sich daher auf die Haltung, die Neurath zu dem neuen Plan einnehmen wird. Man befürchtet in weitesten Kreisen, daß die Annahme des amerikanisch-französischen Planes einen vernünftigen Eindruck in der gesamten Weltöffentlichkeit hervorzurufen und zu einer Verstärkung der Weltwirtschaftskrise führen wird.

### Macdonald fährt mit Herrriot nach Paris

Genf, 6. Dez. Macdonald hat sich heute vormittag auf Grund telefonischer Verbindung mit den übrigen Ratsmitgliedern entschlossen, heute abend gemeinsam mit Herrriot nach Paris zu reisen, um dort den englischen Schatzkanzler Neville Chamberlain zu treffen. Macdonald will am Mittwoch und Donnerstag in der englischen Botschaft in Paris eingehende Besprechungen mit Chamberlain über die amerikanisch-englischen Schuldenverhandlungen führen, die nach gleichen Mit-

teilungen gegenwärtig von so entscheidender Bedeutung sind, daß demgegenüber alle anderen Fragen zurücktreten müssen. Macdonald beabsichtigt, am Freitag früh wieder in Genf einzutreffen.

### Quebnay fordert internationales Geldsystem

Paris, 6. Dez. Der Generaldirektor der F. I. S. Quebnay, hielt in der Pariser Friedensschule einen Vortrag über die Forderungen, die man an die kommende Weltwirtschaftskonferenz stellen müsse. Quebnay forderte ein internationales Geldsystem, um den Transaktionen zwischen den verschiedenen Ländern eine feste Grundlage zu geben und um dem katastrophalen Sturz des Goldpreises Einhalt zu gebieten. Er war ferner der Auffassung, daß nur eine Neuordnung der Schulden und eine Nationalisierung der Weltreserven sowie eine gründliche Neuordnung des Zollsystems zur Wiederherstellung einer gesunden Weltwirtschaftsgrundlage führen könne. Das Hauptziel, das die Weltwirtschaftskonferenz erreichen müsse, sei die Schaffung eines Schiedsgerichtes, dessen Beschlüsse für alle Staaten verbindlich sein müßten. Aufgabe der Regierungen sei es, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, daß auch die nationale Oberhoheit eines Landes im Interesse der Weltöffentlichkeit Grenzen habe.

## Noch keine Einigung der Fraktionsführer

### Vertagung oder Konflikt?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung  
Berlin, 6. Dez. Ueber die Besprechung der Fraktionsführer, die heute mittag als Ertrag für den noch nicht gebildeten Reichsrat des neuen Reichstages stattfand, wird ein Bericht ausgegeben, in dem es heißt:

Man habe sich dahin geeinigt, daß im Anschluß an die Konstituierung des neuen Parlamentes schon in der heutigen ersten Sitzung die Wahl des Präsidiums und die Bestellung der wichtigsten Ausschüsse vorgenommen werden soll.

Darauf folgte eine lebhafte Aussprache über die weiteren Dispositionen für das Parlament, die jedoch noch zu keiner Einigung führten. Von nationalsozialistischer Seite wurde angeregt, der Reichstag solle heute auch noch das von den Nationalsozialisten beantragte Stellvertretungsgesetz für den Reichspräsidenten in allen drei Lesungen verabschieden. Dagegen machten die meisten Fraktionen einschließlich der Deutschen Nationalen Einwendungen. Staatssekretär Brandt erklärte, die neue Regierung bedürfe zur sachlichen Vorbereitung noch einer gewissen Zeit. Nähere Angaben, wie lange diese Zeit dauern solle, machte der Staatssekretär nicht. Die Sozialdemokraten verlangten darauf, die Regierungserklärung solle in den nächsten Tagen abgegeben werden. Im Anschluß daran sollten dann das Stellvertretungsgesetz, die Amnestieentwürfe sowie die Aufhebungen bestimmter sozialpolitischer Teile der jüngsten Notverordnungen beraten werden.

Da über alle diese Punkte eine Einigung nicht zu erzielen war, wird das Plenum selbst am Schluß der heutigen Sitzung die Tagesordnung für die nächste Sitzung festlegen, die voraussichtlich morgen mittag stattfindet.

Während man im Reichstag heute vielfach der Auffassung Ausdruck gab, daß die von der Regierung gewünschte Vertagung zuhause kommen werde, ist man in anderen politischen Kreisen der Ansicht, daß noch alle Möglichkeiten vollkommen offen seien und daß sich jetzt noch in keiner Weise erkennen lasse, ob es zu einer Vertagung kommen werde oder nicht. Man müsse abwarten, welche Entschlüsse sich heute bzw. morgen zeigen werde, da man der Auffassung ist, daß die Frage, ob Vertagung oder nicht, spätestens am Mittwoch geklärt sein werde.

Der Kanzler steht in laufender Fühlung mit den verschiedenen Fraktionsführern, um deren Wünsche kennen zu lernen und ihnen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Soweit wirtschaftliche oder sozialpolitische Dinge in Frage kommen, sind Entschlüsse naturgemäß nicht so schnell möglich, allein schon wegen der technischen Schwierigkeiten. In ihrer Regelung und Klärung ist eine längere Zeit erforderlich, die eine Vertagung des Reichstages um einige Wochen unbedingt erforderlich machen sollte. Auch der Amnestieantrag läßt auf gewisse Schwierigkeiten, da die Regierung nicht so weit gehen will, wie die Parteien es wünschen. Die entscheidende Frage für den weiteren Verlauf der Reichstagsarbeiten, die Haltung der Nationalsozialisten, ist noch völlig ungeklärt, und sie dürfte von den praktischen Ergebnissen der Verhandlungen Schleichers mit der NSDAP abhängen.

Eingermahnt überrascht hat in Regierungskreisen der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der gegenüber der Regierung Schleicher

### Der Leipziger Fahnenjunker-Prozess

Leipzig, 6. Dez. Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts fand gestern der am 30. November 1907 in Riesaerleub (Vohringen) geborene Fahnenjunker Unteroffizier Karl Eberhardt, württembergischer Staatsangehöriger, unter der Anklage der Vorbereitung des Hochverrats und des verlustigen Verrats militärischer Geheimnisse. Eberhardt war zuletzt auf der Infanterieschule in Dresden und soll dort einen Obergefreiten Kreichelt zu überreden versucht haben, für die SPD. Nachrichten der verschiedensten Art zu beschaffen und zu liefern. Eberhardt soll dem Kreichelt Versprechungen großzügigster Art gemacht haben, soll von Millionen gesprochen haben, die von der SPD. zur Belohnung treuer Dienste bereit gestellt seien u. a. m. Der Angeklagte leugnet mit aller Entschiedenheit, jemals mit der SPD. etwas zu tun gehabt zu haben; was Kreichelt vorbringe, sei nichts als Lug und Trug. Dem Angeklagten wird von Vorgerichten und Kameraden dienlich und persönlich das beste Zeugnis ausgestellt. Die Verhandlung geht am Dienstag weiter.

## Der Amnestie-Antrag der SPD.

### Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. Dez. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat außer ihrem Mißtrauensantrag gegen das Kabinett von Schleicher auch einige Initiativentwürfe eingebracht. Der wichtigste ist ein Gesetzentwurf über Straffreiheit, der nur mit Zweidrittelmehrheit zur Abstimmung kommen könnte. Nach diesem Entwurf soll Straffreiheit gewährt werden für Strafaten, die aus politischen Beweggründen oder im Zusammenhang mit kollektiven Wirtschaftskämpfen begangen worden sind. Darunter würden auch die Strafen fallen, die von den Berliner Sondergerichten wegen der Ausschreitungen beim letzten Weltkrieg verhängt worden sind. Ferner soll Straffreiheit gewährt werden wegen Strafaten, die aus wirtschaftlicher Not begangen wurden, falls die Strafe nur in Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten besteht. Ein zweiter sozialdemokratischer Initiativentwurf verlangt das Außerkräfttreten der Notverordnung des Reichspräsidenten gegen politische Terroristen vom 9. August 1932 und das Außerkräfttreten auch der dritten Verordnung Hindenburgs zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. Schließlich richtet sich noch ein Initiativentwurf gegen die Sondergerichte und gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juni wegen der Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen.

### Die Taktik der NSDAP.

Berlin, 6. Dezember. Anschließend an die parteiamtliche Darstellung über die heutige konstituierende Sitzung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, die mit der Uebernahme der Reichstagsfraktion durch die politische Lage. Das Blatt schreibt: „Der heutige Zusammentritt des Reichstages wird vermutlich ohne irgendwelche besonderen Aufregungen vor sich gehen. Ob es dagegen zum offenen Ausbruch des Konflikts zwischen Reichstag und Reichsregierung schon vor Weihnachten kommen wird, kann noch nicht mit Sicherheit gesagt werden.“ Es heißt dann, daß sich Sozialdemokraten und Kommunisten in demagogischen Anträgen den Rang abzulassen suchen, aber, so wird dazu erklärt, schließlich muß man sich darüber klar sein, daß der Konflikt ja nicht Selbstweid ist, sondern daß es nur dann einen Sinn hat, ihn zum offenen Ausbruch zu bringen, wenn man durch ihn und über ihn hinaus zu einer glücklichen Lösung, zu einer wirklichen Rettung von Volk und Vaterland gelangen kann.“

### Neugierige vor dem Reichstagsgebäude

Berlin, 6. Dez. Heute immer bei der Eröffnungssitzung des Reichstages, hatten sich vor dem Reichstagsgebäude bereits mehrere Stunden vor Beginn der Sitzung einige hundert Neugierige eingefunden. Bis in die erste Rahmmitagsstunde war der Andrang aber noch bedeutend ge-